Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. – Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. – Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 8290.

Nr. 63 | Montag, den 15. März 1920 | 11. Jahrgang

Die Reichsregierung in Stuttgart.

Die Reaktion im Reich.

Hatte es nach den ersten Nachrichten den Anschein, als ob sich die militärische Reaktion nur auf Berlin beschränken werde, so besteht nach den neueren Meldungen kein Zweifel mehr darüber, daß auch die Diktatur Kapps im Reich an Macht gewonnen hat. Die Regierung Bauer hatte sich am Sonnabend nach Dresden begeben und von dort folgenden Funkspruch an die Regierungen sämtlicher Länder gerichtet:

Putschversuche gewissenloser Abenteurer, hinter denen kein ernsthafter Politiker steht, haben die Regierung veranlaßt, zwecks Vermeidung von Blutvergießen Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen.

Nach einer weiteren Meldung sind in Dresden anwesend Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer, Noske, Bell, Koch und andere. General Maercker und die süddeutsche Generalität haben erklärt, daß sie hinter der Regierung Bauer ständen. Der Reichswehrminister Noske hat den Oberbefehl über die sächsischen Truppen übernommen. Die Stimmung der Truppen gilt als zuverlässig. Für Sonntag sind Massenversammlungen der unabhängigen und sozialdemokratischen Parteien angesagt.

Inzwischen hat sich aber auch General Maercker der Regierung Kapp angeschlossen. Von dieser wird folgende Meldung verbreitet.

In Dresden hat General Maercker sich ebenfalls für die neue Regierung ausgesprochen, worauf die Führer der alten Regierung Ebert, Noske und Bauer Dresden verlassen und sich weiter nach Süden begeben haben. Sie sollen angeblich in Stuttgart eingetroffen sein.

Reaktionäre Regierungen in Bayern und Mecklenburg.

München, 14. März. (W. T. B.) Die sozialistische bayerische Regierung ist zurückgetreten. Eine bürgerliche Regierung ist in Bildung begriffen.

Heute nachmittag kam es zu Ansammlungen, besonders vor dem Justizpalast, die aber von der Schutzmannschaft, der Polizeiwehr und Reichswehr nicht geduldet wurden. Die Gewerkschaften und die drei sozialdemokratischen Parteien hatten vormittags im Zirkus Krone eine Massenversammlung veranstaltet, in der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und der Generalstreik proklamiert wurde.

*

Schwerin, 14. März. Auf Weisung der Reichsregierung ist die Staatsregierung von Mecklenburg-Schwerin zum Rücktritt veranlaßt worden. Mit der Bildung einer vorläufigen Regierung ist der Amtsverwalter Dr. Wendhausen beauftragt. Die Stadt selbst ist ruhig.

Kiel, 14. März. (W.T.B.) Hier ist es zu blutigen Unruhen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften haben sich bewaffnet und der Reichs- und Sicherheitswehr Widerstand geleistet. Verluste an Toten und Verwundeten sind gemeldet. Kiel befindet sich in der Hand der Reichs- und Sicherheitswehr.

Der von den Mehrheitsparteien und den Unabhängigen des Stadtverordnetenkollegiums kürzlich zum Rücktritt gezwungene Oberbürgermeister Lindemann hat die Geschäfte als Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein übernommen.

Breslau, 13. März. Breslau hat sich der neuen Regierung angeschlossen. Das Generalkommando hat Generalleutnant Graf Schmettow übernommen. Zum Oberpräsidenten ist v. Kessel-Oberglauche ernannt. 20 Personen, darunter der bisherige Oberpräsident Philipp sind in Schutzhaft genommen.

Leipzig, 14. März. (W. T. B.) In Leipzig ist heute der allgemeine Ausstand erklärt worden. Mittags kam es im Innern der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern und Angehörigen des Zeitfreiwilligen-Regiments, wobei es etwa zehn Tote und einige Schwerverletzte gab. Die Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Nachmittags und abends war es ruhig.

Berlin, 14. März. Wie wir vernehmen, sind die süddeutschen Regimenter ebenfalls auf die Seite der neuen Regierung getreten. Der bisherige Oberkommandierende ist geflüchtet.

Frankfurt a. M., 13. März. Ein Trupp Arbeiter, der sich gegen die Gutleut-Kaserne bewegte, und den Befehlshaber der dortigen Truppen zu einer Erklärung seiner Stellungnahme veranlassen wollte, wurde von den Reichswehrtruppen nicht zugelassen. Als die Arbeiter sich weiter begeben wollten, wurde von den Mannschaften der Reichswehrtruppen auf die Arbeiter geschossen. Es gab einen Toten und vier Schwerverletzte. Die Umgegend der Kaserne wurde von den Reichswehrtruppen mit Stacheldrahtverhau abgesperrt.

Hannover, 13. März. Die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften haben einen Aktionsausschuß eingesetzt. In dem Aufruf an die Bevölkerung Hannovers wird die Arbeiterschaft aufgefordert, vorläufig in den Betrieben zu bleiben. Morgen, Sonntag, wollen sich die Arbeiter in den mittleren und größeren Betrieben in ihren Arbeitsstätten zu der üblichen Arbeitszeit versammeln, um weitere Direktiven entgegenzunehmen.

Magdeburg, 14. März. Nach einer Privatmeldung der „Magdeburgischen Zeitung“ aus Weimar erfolgte in der letzten Nacht ein mehrstündiger Gewehr- und Handgranatenangriff auf die von der Sicherheitswehr besetzte Hauptpost. Postgebäude und Bürgerhäuser wurden stark beschädigt. Die Post blieb im Besitz der Sicherheitswehr.

Neutrale Haltung der Bergarbeiter.

Berlin, 14. März. (W. T. B.) Wie von Regierungsseite bekanntgegeben wird, haben sich bei den Verhandlungen, die gestern stattgefunden haben, die Bergarbeiterverbände Westfalens bereit erklärt, der neuen Regierung gegenüber eine neutrale Stellung einzunehmen, aber drei Bedingungen gestellt: Aufrechterhaltung des Betriebsrätegesetzes in seiner jetzigen Form, Aufrechterhaltung der Republik und Garantie der bisherigen Arbeiterrechte. Die Regierung, die vollständig auf dem Boden der Verfassung stehe, sei bereit, diese Bedingungen anzunehmen.

*

Der von uns bereits am Sonnabend erwähnte Sturmruf der deutschen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Minister an die Arbeiterschaft hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter, Genossen!

Der Militärputsch ist da. Die Marinedivision Ehrhardt marschiert auf Berlin, um eine Umgestaltung der Reichsregierung zu erzwingen. Wir weigern uns diesem militaristischen Zwange zu beugen. Wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landsknechtsregiment heute wieder anzuerkennen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.

Arbeiter, Genossen! Wir müßten uns vor Euch schämen, wenn wir anders handeln würden. Wir sagen nein und noch einmal nein. Ihr müßt uns bestätigen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben. Jedes Mittel ist gerecht, um die Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten.

Streikt, legt die Arbeit nieder und schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik. Laßt alle Spaltung beiseite. Es gibt nur ein Mittel gegen die Wiederkehr Wilhelms II.: Lahmlegung jedes Wirtschaftslebens, keine Hand darf sich mehr rühren, kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen. Generalstreik auf der ganzen Linie. Proletarier, vereinigt Euch!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:
Ebert, Bauer, Noske, Schlicke, Schmidt, David und Müller.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

*

Die Funktionäre der Sozialdemokratischen und der unabhängigen Partei haben in der Nacht zum Sonntag den Generalstreik beschlossen. Mit der Einstellung der Arbeit in allen Betrieben ist heute zu rechnen. Die Straßenbahnen mußten bereits wegen Strommangels den Verkehr einstellen.

Berlin unter der Kapp-Diktatur.

General Freiherr von Lüttwitz hat am Sonnabend vormittag den Kommandeur der Sicherheitspolizei, Oberst von Schönstedt und den Oberst Ahrens vom Kommando der Sicherheitspolizei beauftragt, **den Polizeipräsidenten, Genossen Eugen Ernst, zu bitten, auf seinem Posten zu bleiben,** damit keine neuen Unruhen entständen. Das gleiche Ansuchen richtete auch Geheimrat Doyge, der zum Unterstaatssekretär ernannt worden ist, an den Leiter der Behörde. **Genosse Ernst erwiderte, daß er im Interesse des Vaterlandes vorläufig auf seinem Posten ausharren wolle und alles tun werde, was in seiner Kraft stehe, um einen Bürgerkrieg und damit ein neues Blutvergießen zu vermeiden.** Eine endgültige Antwort könne er jedoch erst nach Rücksprache mit seinen Parteifreunden geben.

Berlin war am Sonnabend den Tag über ruhig. Nennenswerte Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Straßenbahn verkehrte überhaupt nicht. Die Hochbahn seit mittag streckenweise. Das Wetter war schön. Seit Sonnabend nacht ruht der Straßenbahnbetrieb vollkommen. Auch die Hochbahn hat auf den Hauptstrecken den Verkehr einstellen müssen. Der Stadtbahnverkehr ist vom Generalstreik noch nicht betroffen. Am Sonntag, morgens, ist den Berlinern das Wasser abgeschnitten worden.

Von einem Danziger Genossen, der am Sonnabend von Berlin abfuhr, wird uns mitgeteilt, daß es besonders auffiel, wie die Goldwarengeschäfte die neue Kapp-Regierung begrüßten. Sie räumten ihre Auslagen und ließen die Rolläden nieder. Die Tatsache, daß es sich um keine Volksbewegung, sondern um einen Putsch der Militärkamarilla handelte, kam auch äußerlich drastisch zum Ausdruck. Außer den Flaggen, die die „Eroberer“ auf den überrumpelten Amtsgebäuden hißten, wehte keine einzige Fahne.

Am Sonnabend vormittag wurde zunächst der „Vorwärts“ und die unabhängige „Freiheit“ verboten. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau wurde besetzt und damit verhindert, daß der Kapp-Diktatur unbequeme Mitteilungen verbreitet wurden. Bald wurde dann das Erscheinen sämtlicher Berliner Zeitungen verboten. Angeblich sollten wichtige Verhandlungen mit den Arbeitern schweben, die nicht durch vorzeitige Veröffentlichungen gestört werden sollten. **Seit heute dürfen die Berliner Zeitungen wieder erscheinen.**

Gestern erklärte die Kapp-Regierung ferner, fest entschlossen zu sein, dem bereits begonnenen Generalstreik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die technische Nothilfe ist sofort eingesetzt worden, um zunächst die dringend notwendige Versorgung mit Wasser wieder in Gang zu bringen. Eine Verordnung des Militäroberbefehlshabers bedroht mit Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis Arbeitsniederlegung oder Arbeitsverweigerung in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben wie Bergwerken, Eisenbahnen, elektrischen Bahnen, der Schiffahrt, Post-, Fernsprech- und Telegraphenämtern, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, landwirtschaftlichen und deren Nebenbetrieben, den der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dienenden Gewerben. Beschädigung oder Zerstörung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe wird **mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft. Zur Aburteilung sind die außerordentlichen Kriegsgerichte zuständig.**

Eine weitere Verordnung des Militäroberbefehlshabers v. Lüttwitz besagt u. a.: Wer es unternimmt, widerrechtlich durch Gewalt oder Bedrohung, durch Verrufserklärung oder Androhung sonstiger Nachteile erheblicher Art, einen anderen an der Uebernahme oder Fortführung von Arbeiten zu verhindern, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Wirtschaftslebens erforderlich sind, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft. Hat die Gewalthandlung eine schwere Körperverletzung des Arbeitswilligen zur Folge, so ist auf Zwangsarbeit nicht unter 3 Jahren zu erkennen. Die gleiche Strafe tritt ein, wenn die Gewalt, die Bedrohung mit Gewalt, Verrufserklärung oder Androhung sonstiger Nachteile erheblicher Art von mehreren gemeinschaftlich oder öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften oder öffentlichen Anschlag oder öffentlicher Ausstellung erfolgt.

Ferner sind alle Versammlungen in nicht geschlossenen Räumen gänzlich verboten worden. In geschlossenen Räumen dürfen sie nur mit Genehmigung abgehalten werden. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis, Haft oder bis 15 000 Mark Geldstrafe geahndet.

Das Danziger unabhängige Blättchen ahnte diese wunderbare Freiheit voraus, als es am Sonnabend den sozialdemokratischen Aufruf zur Notwehr des Generalstreikes mit folgender sinnigen Schimpferei zum Preise der ihm wesensgleichen Kapp-Diktatur begrüßte:

„Diese feige Brut, die tausende revolutionäre Arbeiter durch die Noskegardisten verfolgt und getötet hat, besinnt sich jetzt endlich darauf, daß der Sozialismus nur mit den Arbeitern verwirklicht werden kann.“

Die Monarchisten für Kapps Diktatur.

Kapp hat eben die Absicht der Prätorianer Wilhelms II. zu sein, abgeschworen, als sich auch schon der deutschnationale Landsturm des gewesenen Hohenzollern für ihn erklärt. Sowohl die „Deutschnationale Volkspartei“, die echten ostelbischen Junker-Konservativen, wie die „Deutsche Volkspartei“, die berühmten Nationalliberalen, haben sich bereits offiziell bereit erklärt, die Diktatur des einstigen Generalissimus der berüchtigten „Vaterlandspartei“ zu unterstützen!

Reichstagswahlen in 60 Tagen?

Alles Heil der Erde verspricht der einstige „Pirat der öffentlichen Meinung“ als neugebackener Diktator. Der Entente sicherte er die lojale Erfüllung des Friedensvertrages zu. [illegible] sollen ihr Huhn im Topfe und auch sonst eine gute Ernährung haben. Jetzt sollen sie auch ihre demokratischen Freiheiten durch Reichstagswahlen bestätigen. Eine Proklamation des Reichskanzlers Kapp erklärte feierlich, sobald Ruhe im Lande ist, würden die Reichstagswahlen ausgeschrieben. Einschneidende Notverordnungen würden nur erlassen, sobald sie erforderlich sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Wirtschaft, gegen wucherliche Ausbeutung und Korruption. Die Regierung werde lebenswichtige Betriebe und Arbeitswillige schützen, Widerstand aber entschlossen unterdrücken.

Und die neueste Mitteilung erklärte:

Gutem Vernehmen nach ist infolge eines Schrittes der Rechtsparteien von maßgebender Seite beabsichtigt, die Wahlen zum Reichstage innerhalb der nächsten 60 Tage vornehmen zu lassen.

Das Londoner Wirtschaftsmanifest.

Von dem Londoner Wirtschaftsmanifest und seiner Vorgeschichte ist ein Schleier nach dem andern gefallen. Das Manifest konnte, wenn es im Sinne Englands und Italiens ausfiel, den Beginn einer neuen, einer wirklichen Friedensära bedeuten. Das Manifest ist durch den Einspruch Frankreichs in der Hauptsache zu einem Schriftstück geworden, das nichts Neues besagt, und sich durch Ton und Inhalt sehr wenig vom Versailler Friedensvertrage und seinen später erlassenen Ausführungsbestimmungen unterscheidet.

Deutschland soll gestattet werden, eine Anleihe im Auslande aufzunehmen, um sich Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen. Diese Bestimmung bleibt aber rein platonisch, solange Deutschlands Kreditfähigkeit nicht wieder hergestellt ist. Deutschland kann produzieren, sogar sehr viel produzieren, um die Zinsen einer Auslandsanleihe zu bezahlen. Voraussetzung aber ist, daß man ihm dieses Zahlungsmittel nicht wegnimmt, bevor es in die richtige Hand gelangen. Nach dem Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland überhaupt jetzt schon theoretisch so viel Schulden, daß es sie überhaupt niemals bezahlen kann. Es gleicht einem Haus, das bis über den Schornstein mit Hypotheken belastet ist. Wenn die Entente Deutschland erlauben will, neue Schulden zu machen, so bleibt diese Erlaubnis eben nur auf dem Papier stehen, solange nicht die alten Schulden auf eine erträgliche und überhaupt übersehbare Höhe bestimmt sind.

Die Gesamtsumme, die Deutschland gezahlt werden soll, bestimmt man nach den bisher vorliegenden Mitteilungen nur in folgendem. Nach dem Vertrag von Versailles sollte die Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Kriegsentschädigung von der Wiedergutmachungskommission erst bis zum 1. Mai 1921 festgestellt werden. Deutschland sollte aber binnen vier Monaten über die Gesamtsumme seine eigenen Vorschläge machen. Diese Viermonatsfrist ist nun verlängert worden und zugleich wird in Aussicht gestellt, daß man sich bemühen werde, sobald wie möglich nach Erstattung des deutschen Vorschlages eine endgültige Gesamtsumme der Entschädigung festzusetzen.

Die Aussichten einer deutschen Auslandsanleihe können durch zwei Umstände verbessert werden: durch eine frühere Festsetzung der Gesamtsumme und durch eine Festsetzung dieser Gesamtsumme auf einen Betrag, der die deutsche Wirtschaft nicht erdrückt, sondern den deutschen Auslandsgläubigern das Vertrauen gibt, Deutschland werde auch eine Mehrbelastung, eben die durch die aufzunehmende Auslandsanleihe verzinsen und tilgen können. Es handelt sich also um eine Frage erstens des Termins und zweitens des Betrags. Und da muß man nun sagen, die Verhältnisse liegen so ungünstig, daß diese beiden Erleichterungsfaktoren sich gegenseitig aufzuheben drohen. Wird die Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Entschädigung zu einem früheren Termin festgesetzt, so ist zu befürchten, daß diese Summe viel höher ausfällt, als wenn sie zu einem späteren Termin festgesetzt wird. In dem bisher feindlichen Ausland vollzieht sich ganz offenbar ein Klärungsprozeß. Der Kreis jener verantwortlichen Politiker, die einsehen, daß man die Forderungen nicht überspannen dürfe, wird immer größer. Er ist aber noch nicht so groß, daß die Hoffnung gestattet ist, eine vernünftige Regelung der Entschädigungsfrage sei jetzt schon zu erwarten.

Der französische Finanzminister Klotz hat bekanntlich die Höhe der Entschädigungsforderungen, die Frankreich allein stellen will, auf 200 Milliarden Franc angegeben. Dazu gesellen sich dann die Entschädigungsansprüche der anderen Staaten, so daß mit einer ganz phantastischen Endsumme gerechnet werden muß, die das gesamte deutsche Volksvermögen bedeutend übersteigt.

Wird die von Deutschland zu leistende Entschädigung wirklich in solcher Höhe festgesetzt, dann ist nicht einzusehen, durch welche Maßnahmen die Kreditfähigkeit Deutschlands gesteigert werden soll. Ein Schuldner, der schon viel mehr schuldig ist, als was er besitzt und was er nach menschlichem Ermessen erwerben kann, hat wenig Aussicht, neue entgegenkommende Gläubiger zu finden. Eine solche Aussicht wäre nur dann gegeben, wenn der von Deutschland aufzunehmenden Auslandsanleihe ein Vorrecht vor allen anderen Forderungen eingeräumt würde, so daß sie gewissermaßen als erste Hypothek auf das deutsche Nationalvermögen und Nationaleinkommen eingetragen wäre und alle anderen Forderungen hinter ihr zurückgetreten wären.

Diese Lösung, die einzig praktische, scheint auch geplant gewesen zu sein, bis sie durch den französischen Einspruch verhindert wurde. In Frankreich begreift man noch immer nicht, daß man Deutschland Gelegenheit geben muß, sich zu erholen, wenn es Wiederaufbauarbeiten leisten soll. Man hat durchgesetzt, daß der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete ein Vorzugsrecht eingeräumt wurde, das aber nur ein scheinbares ist. Denn die Wiederherstellung kann nur in Fluß kommen, wenn unsere Fähigkeit zur Leistung wieder hergestellt ist.

Es scheint danach, daß das Londoner Wirtschaftsmanifest ein mit untauglichen Mitteln unternommener Versuch ist, Europa aus dem Chaos herauszuhelfen. Als einziger Trost bleibt dann nur, daß dieser Versuch überhaupt unternommen worden ist, und daß Kräfte lebendig sind, die bereit sind, ihn bei besserer Gelegenheit mit tauglicheren Mitteln zu wiederholen.

Die Unzufriedenheit mit Millerand.

Ein Ministerium Barthou?

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Genf berichtet:

In der parlamentarischen Welt Frankreichs wird gegenwärtig eine heftige Agitation gegen den Ministerpräsidenten Millerand betrieben, die bisher nur deshalb noch nicht öffentlich zum Ausdruck gekommen ist, weil die Rücksicht auf den Erfolg der augenblicklich zur Zeichnung aufliegenden Anleihe die Parteien und die Zeitungen noch bis zum 20. März zur „heiligen Einigkeit“ verpflichtet. In den Kulissen der Kammer wird unterdessen jedoch stark darauf hingearbeitet, Millerand zum Rücktritt zu bestimmen und einem offenen reaktionären und nationalistischen Ministerium unter Leitung Barthous Platz zu machen. Man wirft Millerand vor, daß er den ausständigen Eisenbahnarbeitern zu weit entgegengekommen sei, und daß er sich bei den Londoner Verhandlungen nicht energisch genug dem ersten Versuch zu einer Revision des Versailler Friedensvertrages widersetzt habe. Der Feldzug Barthous findet auch Unterstützung bei den ehemaligen Mitarbeitern Clemenceaus, und Tardieu nimmt bereits im „Petit Parisien“ das Wort, um den Versailler Friedensvertrag gegen jede Abschwächung in Schutz zu nehmen. Herr Barthou hat selbst eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht, deren Verhandlung jedoch ebenfalls mit Rücksicht auf die Anleihe bis zu Ende nächster Woche vertagt worden ist. Unterdessen hat Barthou am 8. März die Vorstände der republikanischen Parteigruppen zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen und dabei eine förmliche Anklagerede gegen die Regierung gehalten. Als er schließlich jedoch den Antrag stellte, sein nationalistisches Programm der Regierung als Ultimatum zu unterbreiten, stieß er bei den Vertretern der radikalen Partei auf Widerstand und mußte sich damit zufrieden geben, daß dem Ministerium nur einige Wünsche unterbreitet werden, in bezug auf die Neuregelung des Koalitionsrechts der Industriearbeiter.

Befehle zum Morden.

Bela Somogyi und Bela Bacso wurden am 17. Februar ermordet. Am 15. Februar gab das Oberkommando der Horthy-Armee den folgenden „streng vertraulichen“ Befehl heraus:

Das Oberkommando stellte fest, daß die Gewerkschaftsführer und die Redakteure der „Nepszava“, die Angestellten der Redaktion und Administration des Blattes unterhalten einen regen Verkehr mit Wiener Kreisen.

Das Kommando wird aufgefordert, die oben erwähnten Personen einer strengen Kontrolle zu unterziehen, nötigenfalls auf die geeignetste Weise handelnd gegen sie aufzutreten.

Diese Aufforderung zum Handeln ist von den Offiziersmördern prompt befolgt worden.

Ein anderer Befehl Horthys belehrt die weißen Terroristen auf folgende Weise:

Die auf einen Alarm hin aufzubietenden Offizierstruppen sind verpflichtet, auf das erste Kommando gegen die Ruhestörer mit der Waffe vorzugehen und statt der gewohnheitsmäßigen Warnungsschüsse sofort eine Salve auf die Masse abzugeben.

Das Schießen muß unerbittlich fortgesetzt werden ohne Rücksicht auf die Zahl der Opfer. Gebraucht eure Waffen mit dem Bewußtsein, daß ihr nicht Menschen, sondern wilde Tiere vor euch seht.

Dieser Befehl ist vor den verläßlichen christlichen Offizieren der Brachialgewalt zu verlautbaren.

Oeffentlich halten die Huszar und Horthy scheinheilige Reden und geben Interviews, in denen sie die Unverfrorenheit haben, zu behaupten, daß es in Ungarn keinen weißen Terror gebe; ihre Regierungsmaschine heizen sie aber mit solchen Befehlen zum Morden und dann wundern sie sich noch, daß sie die Welt für eine Mörderregierung hält. Die Befehle entlarven sie vollständig und stärken von neuem die Glaubwürdigkeit aller entsetzlichen Nachrichten, die aus Ungarn kommend, das Gewissen, das Mitleid und die tatkräftige Hilfe der gesitteten Welt gegen diese Mörder des eigenen Volkes aufrütteln sollten.

Militarisierung der russischen Arbeiterschaft.

Wir haben uns schon öfter bei Besprechung der russischen Verhältnisse mit den Maßnahmen der Trotzky und Lenin beschäftigen müssen und uns dabei soweit wie möglich auf Nachrichten gestützt, deren Quellen einwandfrei schienen. Die Erlasse Lenins und Trotzkys zur Arbeitspflicht und auch zur Aufhebung der Betriebsräte brachten wir erst, als die Uebersetzung zur Verfügung stand. Wir deuteten schon an, daß die Führer in Rußland keineswegs davon zurückschrecken, ihre einstmals theoretischen Forderungen auf Grundlage der harten Tatsachen zu durchbrechen. Eine neue Maßnahme wird bekannt, die wir schon einmal andeuteten: Die Ein- und Ausfuhr Rußlands wird von der Sowjetregierung wahrscheinlich durch diktatorische Maßregelungen geordnet werden.

Eine wesentliche Ergänzung erhält die Sachlage durch die von der Berliner „Freiheit“ am 6. März veröffentlichten Thesen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands, die eine Militarisierung der gesamten innerrussischen Produktion darstellen. Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen hier folgen:

„Es ist notwendig, die gelernten und qualifizierten Arbeiter zu sammeln, sie nach und nach aus der Armee, aus den Sowjetorganen hinter der Front, selbst aus den Sowjetwirtschaften und Kommunen, aus der Heimindustrie, aus den Dörfern, vor allem aus dem noch bestehenden Privathandel zurückzuziehen.

Um die qualifizierten Arbeiter zur Arbeit heranzuziehen, muß für die Besserung ihrer Lebens- und Wohnungsbedingungen gesorgt werden. Ferner müssen die Gewerkschaften sie organisatorisch zu beeinflussen suchen, wo all das nichts nützt, muß zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden.

Die Durchführung dieser Maßnahme, wie überhaupt jeder Arbeit, die die Entwickelung der Industrie fördert, kann nur dann ernste positive Resultate zeitigen, wenn die Gewerkschaftsverbände gut organisiert und über einen festen Bestand von zuverlässigen und verantwortungsvollen Arbeitern verfügen, die imstande sind, eine eiserne Arbeitsdisziplin durchzuführen.

Gleichzeitig müssen in großem Maßstabe Maßnahmen zur fachmännischen Ausbildung der heranwachsenden Jugend (von vierzehn Jahren an) getroffen werden, damit späterhin für Ersatz der qualifizierten Arbeitskraft gesorgt ist. Zu diesem Zweck muß dem Kommissariat für Volksaufklärung ein starkes, mit Vollmachten ausgestattetes Organ angegliedert werden, in dem Mitglieder aller interessierten Behörden und Institutionen vertreten sind.

In den gegenwärtigen Verhältnissen Sowjetrußlands bedeutet die Militarisierung, daß die Wirtschaftsfragen (die Intensität der Arbeit, für sorgfältige Behandlung der Maschinen und Instrumente, gewissenhafte Verausgabung von Material usw.) im Bewußtsein der Werktätigen und in der Praxis der staatlichen Institutionen ebenso geachtet werden müssen wie Fragen des militärischen Kampfes. Die Stadt- und Landbevölkerung muß erkennen, daß die Beseitigung der Arbeitsdesertion, des Müßiggangs, des unzuverlässigen Arbeitens eine Frage von Leben und Tod des ganzen Landes bedeutet, und daß sie in allerkürzester Zeit — wenn auch mit den strengsten Mitteln — erreicht werden muß.“

Deutschland.

Ein ehrlicher Deutschnationaler.

Für alles Unglück, das über Deutschland hereingebrochen ist, ist nach Ansicht der Deutschnationalen bekanntlich die „Erdolchung der Front“ und die Politik der jetzigen Regierung schuld. Obwohl diese Anklagen immer wieder als das hingestellt worden sind, was sie sind: als Lügen, und obwohl sie schon ebenso oft widerlegt wurden, werden sie doch immer wieder von neuem aufgetischt, wahrscheinlich in der stillen Hoffnung, daß bei urteilslosen Menschen etwas von diesen Verleumdungen hängen bleibt. Daß man in ernsthaften deutschnationalen Kreisen anders über unser Unglück und seine Ursachen denkt, ist ein offenes Geheimnis. Aber nur selten findet man den Mut, ehrlich vor aller Oeffentlichkeit das zu sagen, was man auf dem Herzen hat. Diesen Mut brachte vor einigen Tagen der preußische Landtagsabgeordnete von Kardorff auf, als er in einer Berliner Versammlung u. a. erklärte:

> Die außerpolitische Lage ist so schwierig, daß die Regierung vor den schwersten Aufgaben steht, deren Lösung auch einer deutschnationalen Regierung äußerst schwer wäre. Jetzt und auch in Zukunft ist eine Regierung ohne Sozialdemokraten unmöglich. Ueber die Politik vor dem Kriege sagte er, daß sie „bodenlos leichtfertig“ gewesen ist. Der Krieg ging verloren infolge großer militärischer Fehler, namentlich zu Beginn desselben. Bei Ypern und vor Verdun haben wir uns verblutet. Unsere Etappe war völlig ungenügend, und nie hat man uns die Wahrheit gesagt. Das Wort von der Erdolchung der Front durch die Heimat ist nicht richtig.

Wie unbequem der rechtsstehenden Partei diese Aeußerungen eines ihrer anerkanntesten Führer sind, beweist die Tatsache, daß sie sich in ihrem Berichte über diese Rede bemüht, sie möglichst unter den Tisch fallen zu lassen. Sie werden aber trotz alledem dieses Zeugnis des Herrn von Kardorff nicht aus der Welt schaffen, und wir werden es uns gut aufbewahren, um es im kommenden Wahlkampf nutzbringend zu verwenden.

Internationale Sozialistenkonferenz in Berlin.

Die sich weiterhin zur Zweiten Internationale bekennenden internationalen Sozialisten werden in diesen Tagen in Berlin mit den Vertretern unserer Partei zu einem Gedankenaustausch zusammenkommen.

Als Mitglieder des Internationalen Bureaus sind am Freitag abend Camille Huysmans mit dem belgischen Genossen Louis de Brouckère und dem Generalsekretär der belgischen Partei van Roosebroeck bereits eingetroffen. Ferner werden erwartet die holländischen Genossen Wibaut und de Roode, der schwedische Genosse Engberg, die ungarischen Genossen Garamy und Buchinger. Von der englischen Arbeiterpartei sollte Henderson kommen, da er ernst erkrankt ist, wird an seiner Stelle wahrscheinlich Shaw eintreffen. Außerdem wird Mistral von der französischen Sozialdemokratie und ein Vertreter der Ukraine erwartet.

Waran wir schuld haben.

Im „Reichsboten“ verkündet ein Herr Georg von Loesen folgende Weisheit:

> „Es ist ja nichts Neues, und die Erkenntnis bricht sich auch langsam bei den Massen Bahn, daß die Sozialdemokratie nicht nur am Verlust, sondern auch am Ausbruch des Krieges die größte Schuld trägt.“

Sehr richtig! Die Sozialdemokratie hat bekanntlich das Ultimatum an Serbien verfaßt, die Sozialdemokratie hat, obwohl Serbien das Ultimatum fast in allen Punkten annahm, den Krieg an Serbien erklärt, die Sozialdemokratie hat dann alle Vermittelungsversuche abgelehnt, die Sozialdemokratie hat die Randbemerkungen des Kaisers geschrieben. Sie hat sodann die Marneschlacht verloren, sie hat die Massenschlächterei vor Verdun inszeniert, sie trägt die Schuld am U-Bootkrieg, sie hat das famose Bündnis mit Mexiko geschlossen, sie hat den rechtzeitigen Verständigungsfrieden bekämpft, sie hat die Mannschaften an der Front zu Tode geschunden, geprügelt, bestohlen usw. usw. Nicht wahr?

Polen.

Pilsudski zur Friedensfrage.

Warschau. „Journal de Pologne“ bringt eine Unterredung des Redakteurs Baucher mit dem Staatsoberhaupt über den Frieden mit Rußland.

Um seine Ansicht in der Friedensangelegenheit mit Sowjetrußland befragt, antwortete das Staatsoberhaupt: „Meine Ansicht über den Frieden auszusprechen — ist eine sehr delikate Sache. Ich kann ihnen jedenfalls die Versicherung geben, daß Polen den Frieden ersehnt, da es stets friedlich gesinnt war. Polen gab den Beweis dadurch, daß es sich zur Diskussion über den Frieden, der ihm vorgeschlagen wurde, verstand. Es versteht sich jedoch nicht zu Beratungen unter Drohungen. Ich möchte unsere günstige strategische Lage nicht ausnützen, möchte nicht mit Argumenten unserer Waffen sprechen, ich möchte keinen Frieden, der durch Bajonette und Geschütze geschaffen wird. Leider zeigt das, was ich jetzt sehe, daß die Bolschewiki bei uns wie in Lettland den Frieden gewaltsam herbeiführen wollen. Ich bin kein Mensch, mit dem man verhandeln kann, wenn man ihm das Messer an die Kehle setzt. Diese meine Ansicht teilt ganz Polen. Die Bolschewiki sammeln größere Truppenkräfte an unserer Front. Sie täuschen sich, wenn sie glauben, uns ängstlich zu machen. Unsere Armee ist bereit. Ich habe zu ihr volles Vertrauen. Ich fürchte die bolschewistische Propaganda nicht, weil sie Polen nicht bedroht. Als nähere Nachbarn Sowjetrußlands sehen wir, welche Ergebnisse die bolschewistische Politik hat. Polen wird nicht auf die bolschewistischen Experimente eingehen. Wir sind frei und schätzen das Leben zu hoch, als daß wir es durch ein Hirngespinst erschüttern würden.

Baucher fragte sodann das Staatsoberhaupt nach seiner Ansicht über die Politik der Alliierten gegenüber Sowjetrußland. Er antwortete: Ich möchte keine bitteren Worte aussprechen. Ich sage nur, daß eine Zickzackpolitik die schlechteste ist. Polen kann sich nicht nach ihr richten. Schließlich bemerkte Pilsudski, daß die Konferenz, die in Warschau eröffnet werden würde, der erste Schritt auf dem Wege zur Einigung der Oststaaten Europas sei. Polen kehrt zu einer historischen Rolle zurück.

Zum Schlusse bat Pilsudski Herrn Baucher, er möge unterstreichen, daß von keinen Beratungen unter dem Drucke der roten Armee die Rede sein könnte. Ich bin meiner Truppen sicher, schloß Pilsudski, und fürchte mich vor keiner Offensive.

Danziger Nachrichten.

Die Auslieferung des Oberbürgermeisters

schwebt noch immer. Noch immer ist die Frage ungeklärt, wie Sahm überhaupt auf die Auslieferungsliste gekommen ist. Der Kurier Poznanski beschäftigt sich in einem aus Warschau kommenden Telegramm mit der Auslieferung, in dem er schreibt: „In der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Sahm, der bekanntlich auf der Liste der Kriegsverbrecher ist, werden besondere Verhandlungen eingeleitet. In dieser Angelegenheit wird Polen durch den Grafen Dubienski vertreten werden.“

Da niemand wissen will, von welcher polnischen Seite die Auslieferung Sahms gefordert wurde, wäre es wertvoll, den Zweck dieser Verhandlungen kennen zu lernen.

Ein Notschrei der Bürgerwehr

geht uns in folgender Einsendung zu:

Im Vergleich zu den heutigen Teuerungsverhältnissen sind die Lohnverhältnisse der Danziger Bürgerwehr als sehr ungünstig zu bezeichnen. So erhält z. B. ein verheirateter Bürgerwehrmann 87 Mk. pro Woche, gleichviel ob er 1 oder 6 Kinder hat. Bei der Sicherheitswehr, die doch dem gleichen Zweck dient, nämlich der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sind die Lohnsätze weit bessere. Für jedes Kind wird dort ein bestimmter Zuschuß zum Lohn gezahlt. Bei 5 Kindern erhält ein Mitglied der Sicherheitswehr monatlich 700 Mk. Die Bürgerwehr muß noch für Kleidung und Schuhe selber sorgen oder die von der Behörde gelieferten Sachen mit angemessenen Preisen bezahlen, während bei der Sicherheitswehr die Einkleidung kostenlos erfolgt. Die Bürgerwehr, die doch in den unruhigsten Tagen unerschüttert ihren Dienst getan hat, richtet an die maßgebenden Stellen die dringende Bitte, sobald als möglich Abhilfe zu schaffen. Sich ihres wichtigen Dienstes bewußt, hofft die Bürgerwehr auf baldige entgegenkommende Erledigung ihrer Wünsche auf friedlichem Wege.

Keine Schreibgeräte auf den Postschalterpulten.

Die Oberpostdirektion Berlin teilt mit: Bereits seit längerer Zeit werden in immer wachsendem Umfange aus den Schalterräumen der Berliner Postanstalten die von der Post unentgeltlich bereitgehaltenen Federhalter, Federn, Löschpapier usw. entwendet oder anscheinend absichtlich unbrauchbar gemacht. Sogar gefüllte Tintenfässer werden gestohlen. Die Post ist demgegenüber wehrlos, während sie immer höhere Beträge für die Ersatzstücke hergeben soll. Da alle Ueberwachung versagt hat, müssen nunmehr die Schreibgeräte von den Schalterpulten gänzlich zurückgezogen werden. Löschblätter sollen versuchsweise weiter aufgelegt bleiben.

Auch in Danzig ist ein Federhalter in den Schalterräumen der Post bereits zur kostbaren Eroberung geworden.

Achtung! Vertrauensleute der S. P. D.

Am Dienstag, den 16. März, abends 6 Uhr, findet in der Aula der Petrischule (Hansaplatz) eine Sitzung der Vertrauensleute statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den politischen Vorgängen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die neuen Karten für die Vertrauensleute sind im Parteibureau in Empfang zu nehmen.

Das Opfer eines Raubüberfalles?

Verschwunden ist seit Freitag, den 12. März, 2½ Uhr nachmittags, der 84jährige ledige Kaufmann Robert Schulz. Da er eine größere Summe Geld bei sich führte, wird vermutet, daß er überfallen und beraubt worden ist. Er war bekleidet mit schwarzer Joppe, grauen Hosen und Reisemütze.

Revolveraffäre in der Töpfergasse.

In der Töpfergasse kam es heute früh zu einem erregten Auftritt durch die Weigerung eines polnischen Offiziers, seinen Revolver dem Bürgerwehrmann zu übergeben, der ihn in ruhiger Weise darum anging. Die Bürgerwehrleute haben das Recht, diese Kontrolle auf Waffen vorzunehmen. Der Pole ging sogar soweit, sich an die Wand zu stellen und nach der Waffe zu greifen. Nur der Besonnenheit des deutschen Beamten ist es zu danken, daß der hitzige Pole seine gekennzeichnete Absicht nicht ausführte. Es gelang dann schließlich mit Hilfe eines anderen Polen, den Offizier zur Bahnhofswache zu dirigieren, wo ihm die Mordwaffe abgenommen wurde. Das eigensinnige Benehmen des Polen hat den zahlreichen Zuschauern zu einem für die waffentragenden Fremden wahrlich nicht günstigen Urteil Anlaß gegeben.

Eine schmalzige Geschichte.

[illegible]

Zu der von uns am Donnerstag gebrachten Mitteilung ist uns eine Erklärung des Inhalts zugegangen, daß bei Stadtrat T. kein Schmalz gefunden worden ist und auch keins gefunden werden konnte, weil er kein Fett im Auto gehabt habe. Wir kommen morgen auf die Sache zurück.

Der Diktator-Staatsrat tagte am Sonnabend den ganzen Vormittag über unter Leitung des Oberbürgermeisters Sahm. Oberkommissar Tower nahm an den Verhandlungen persönlich teil. Worüber man sich in den etwa 6 Stunden unterhalten hat, geht der Bürgerschaft offenbar garnichts an. Denn ein Bericht ist darüber nicht veröffentlicht worden.

Schleichhandel mit Fischen. Die Händler Otto Strehlau und Rudolf Freitag in Bodenwinkel kauften von Fischern in Bodenwinkel Fische, die diese an die Fischhandelsgesellschaft abzuliefern hatten, im Juli 1919 auf und verkauften sie nach Elbing weiter. Die Fischer wurden durch Strafbefehl bestraft und beruhigten sich bei dem Urteile. Die beiden Händler aber hatten sich vor dem Schöffengerichte wegen Schleichhandels und Nichtlieferung der Fische an die Fischhandelsgesellschaft zu verantworten. Freitag wurde wegen dieser Straftat zu einer Woche Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Strehlau war nicht erschienen und er wurde durch Verwerfung seines Einspruches zu der gleichen Strafe verurteilt.

Tod durch Verschüttung. Donnerstag [illegible] Arbeiter, wie die „Ostsee-Ztg.“ meldet, bei den Kanalarbeiten in der [illegible]allee in Oliva vor dem Lehrerinnen-Feierabendhaus auf bisher unaufgeklärte Weise die Verschalung des etwa zwei Meter tiefen Schachts in sich zusammen, die Erde stürzte nach und begrub den etwa 16jährigen Arbeiter Adalbert Kreft, jüngster Sohn des Tischlers Kreft in Oliva, unter sich. Der junge Mann kam hierbei auf der Stelle zu liegen. Balken und große Erdmassen fielen auf ihn. Arbeitskollegen und der Schachtmeister gingen sofort daran, den Verunglückten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Es gelang ihnen auch, den Aermsten fast freizulegen, als im letzten Augenblick ein neuer Erdrutsch erfolgte und den Unglücklichen abermals verschüttete. Ein zufällig des Weges kommender Polizeibeamte hatte inzwischen einen Arzt verständigt. Mit Schaufeln und mit Händen versuchten die Arbeitskollegen des jungen Mannes, diesen zu befreien, was endlich nach Verlauf von etwa einer Viertelstunde auch gelang. Er war jedoch bereits tot.

Auskunft über Kriegsverordnungen. Auch jetzt noch besteht das Bedürfnis, über die z. Zt. geltenden Kriegsverordnungen oder deren Aufhebung sowie über Höchstpreise Auskunft zu erhalten. Die Auskunftsstelle des Magistrats, die sich in den Räumen der Preisprüfungsstelle, Töpfergasse 23, 3 Trp. befindet, erteilt mündlich (telephonisch) und schriftlich jederzeit unentgeltlich Auskunft.

Gestohlene Wertsachen. Als gestohlen angehalten sind von der Polizei 5 fast neue Autoreifen, 1 gold. Damenuhr, 1 gold. Medaillon mit 2 Brillanten und gold. Kette.

Betrifft Saatkartoffeln. Im heutigen Anzeigenteil weist der Magistrat auf den Bezug von Saatkartoffeln hin. Es wird den Selbstversorgern dringend geraten, Saatkartoffeln möglichst aus eigenen Vorräten zu verwenden, oder sich Saatkartoffeln aufgrund von Bezugsscheinen selbst von außerhalb zu beschaffen, da der Magistrat für die Erfüllung der bei ihm eingehenden Bestellungen infolge des diesjährigen Kartoffelmangels keine Gewähr übernehmen kann.

Die Essenausgabe in der städtischen Speisehalle belief sich im Monat Februar 1920 auf 54 146 Mahlzeiten gegenüber 30 600 Mahlzeiten im Vormonat.

Getreidekaffee. Der in dieser Woche zur Verteilung kommende Getreidekaffee kann zunächst nur auf die aufgerufene Marke 4 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene ausgegeben werden. Die Marke 32 K der Lebensmittelkarte für Kinder wird später beliefert.

Höchstpreise für Zündhölzer. Durch die Verordnung des Magistrats in den heutigen Tageszeitungen wird der Höchstpreis für 1 Schachtel Zündhölzer auf 35 Pfg. festgesetzt. Diese Bekanntmachung ist eine Folge der Bekanntmachung über Höchstpreise von Zündhölzern in Deutschland sowie des zwischen Danzig und Deutschland abgeschlossenen Abkommens über zollfreie Einfuhr von Waren aus Deutschland nach Danzig. Da Zölle von den aus Deutschland eingeführten Zündhölzern nicht erhoben werden, ist es möglich, auch in Danzig den Preis für Zündhölzer auf 35 Pfg. festzusetzen.

Polizeibericht vom 14. und 15. März 1920. Verhaftet: 12 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Beleidigung und Widerstandes und 7 in Polizeihaft. — Gefunden: 2 Beutel und 1 Sack mit Handwerkszeug pp. abzuholen aus dem Fundbureau des Polizei-Präsidiums. 15 russische Wechsel, abzuholen von Herrn Franz Sapka, Birkenallee 7/8.

Standesamt.

Todesfälle: Witwe Amalie Jochem geb. Labbe, 74 J. 11 M. — Schlosser Hermann Reitzel, 81 J. 8 M. — Hausmädchen Viktoria Kaczmarek, 22 J. 9 M. — Rentier Leopold Perschau, 69 J. 8 M. — S. des Arbeiters Johann Kossa, 16 Tg. — Tischlermeister Karl Auer, 65 J. 4 M. — Fischer Heinrich Grzenke, 63 J. 10 M. — Schneidermeister Ludwig Brühning, 85 J. 10 M. — Meistergehilfe Theodor Schulz, 66 J. 4 M. — S. des Steinsetzers Gerhard Christoph, 4 M. — Witwe Marie Richter geb. Thiermann, 71 J. 8 M. — Arbeiter Karl Matschkowski, 86 J. 7 M. — Kaufmann Richard Gottschalk, 26 J. 7 M. — Hausmädchen Martha Roth, 20 J. 6 M. — Rentenempfängerin Johanna Wendisch, 74 J. 11 M. — Frau Marie Bormann geb. Weiß, 40 J. 8 M.

Wasserstandsnachrichten am 15. März 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 4,36	+ 4,41	Piekel	+ 4,72	+ 4,90
Fordon	+ 4,02	+ 4,11	Dirschau	+ 4,84	+ 4,96
Culm	+ 3,82	+ 4,08	Einlage	+ 2,54	+ 3,60
Graudenz	+ 4,02	+ 4,16	Schiewenhorst	+ 3,02	+ 3,12
Kurzebrack	+ 4,38	+ 4,52	Wolfsdorf	— 0,18	— 0,29
Montauerspitze	+ 4,47	+ 4,64	Anwachs	+ 1,00	+ 0,95

Aus dem deutschen Osten.

Die Gerichtsbarkeit im Abstimmungsgebiet.

Die interalliierten Kommissionen für die Abstimmungsgebiete von Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen haben in den letzten Tagen eine Reihe von Verordnungen erlassen, wodurch in weitgehendem Umfang in die Gerichtsorganisation und das Gerichtsverfahren eingegriffen wird. So sollen in Oberschlesien und in Westpreußen neue Gerichte an Stelle der zuständigen Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts eingerichtet werden; in Oberschlesien werden die beiden neuen Instanzen überdies unter den Vorsitz alliierter Beamten gestellt. Die Interalliierte Kommission für Allenstein hat sich bisher auf eine Aenderung der Gerichtsbezirke beschränkt, hat sich dabei aber die Einrichtung besonderer Gerichte ausdrücklich vorbehalten. Neben diesen organisatorischen Aenderungen sind auch wesentliche Aenderungen des Prozeßrechts vorgesehen. Im Gebiet von Allenstein sollen die von deutschen Gerichten außerhalb des Gebietes erlassenen Entscheidungen nur mit Genehmigung der Interalliierten Kommissionen vollstreckt werden. Ferner ist für Oberschlesien eine Verordnung veröffentlicht, wodurch die Berufungs- und Revisionsfristen für die von oberschlesischen Gerichten gefällten Entscheidungen unterbrochen werden. Außerdem will die Interalliierte Kommission in Oberschlesien und Marienwerder für sich Disziplinargewalt über die richterlichen Beamten ihres Bezirks in Anspruch nehmen.

Alle diese Maßnahmen stehen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch.

Die deutsche Regierung hat aus diesem Grunde sowohl bei den interalliierten Kommissionen als auch bei der Friedenskonferenz in Paris auf das nachdrücklichste Verwahrung gegen die getroffenen Anordnungen eingelegt. Sie hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß es keinem deutschen Richter zugemutet werden kann, unter Aufsicht und unter Mitwirkung von fremden Staatsangehörigen Recht zu sprechen, und daß alle deutschen Gerichtsbeamten es als ihre Pflicht ansehen werden, jede Mitwirkung zur Durchführung unzulässiger Maßnahmen abzulehnen.

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Ostpreußen.

Im Stammlande des geriebenen „Piraten der öffentlichen Meinung“, des neuen Putsch-Diktators Kapp, ist bisher, auch in Königsberg, alles ruhig geblieben. Am Sonnabend erließ der Zivilkommissar, Oberpräsident Genosse Winnig, gemeinsam mit dem Militärbefehlshaber, Generalleutnant v. Estorff, an die Bevölkerung den Aufruf sich ruhig zu verhalten, um die zum Wiederaufbau notwendige Arbeit und die Ordnung nicht zu stören. Berlin sei fest in der Hand der Reichswehrtruppen.

Genosse Winnig erkannte etwas später, wie wir nach eigener Königsberger Meldung erfahren, die Kappsche Regierung formell an. Zugleich richtete er jedoch an die alte und an die neue Regierung das Ersuchen, eine Koalitionsregierung zu bilden, weil nur so das Verbleiben Ostpreußens beim Reiche gesichert werden könne! Dann erschien jedoch bald, nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus, folgende aufsehenerregende Bekanntmachung, die uns mindestens etwas voreilig erscheint:

Die ganze Umbildung der Regierung ist bisher ohne Blutvergießen verlaufen. In Berlin und in ganz Preußen herrscht Ruhe. Das Volk hat sich mit der Neubildung der Regierungsgewalt abgefunden. Damit ist eine neue Tatsache geschaffen worden, die auch unsere Provinz Ostpreußen zur Stellungnahme zwingt.

Wir Ostpreußen, rings von feindseligen Nachbarn umgeben, müssen jede Entwickelung begrüßen, die unserer Provinz Ruhe und Schaffensmöglichkeit verheißt. Die neue Regierung verspricht unter Ablehnung jeder Reaktion freiheitliche Fortbildung des Verfassungslebens. Sie will, gestützt auch auf die Arbeiterschaft, mit Nachdruck für den Wiederaufbau der Wirtschaft eintreten und der internationalen Lage durch Erfüllung des Friedensvertrages gerecht werden. Gestützt auf diese Erklärung und von dem Bestreben geleitet, die Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, erkennen wir die neue Regierung als die Inhaberin der tatsächlichen Macht an und werden sie in der Durchführung ihres bekanntgegebenen Programms unterstützen.

Der Oberpräsident.
Winnig.

Der Befehlshaber des Wehrkreises 1.
v. Estorff, Generalleutnant.

Der Vorstand der ostpreußischen Sozialdemokratie wendete sich in einem Aufruf an die Genossen der Provinz, in dem es zum Schluß entscheidend heißt:

„Aus diesen Gründen halten wir den Sturz der Regierung für einen schweren politischen Fehler.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unsere Partei in diesem Augenblick eine ungeheure Verantwortung zu tragen hat, raten wir zu einer abwartenden Haltung. Die weiteren Ereignisse im Reiche müssen ergeben, ob die gegenwärtigen Machthaber die Mehrheit des Volkes hinter sich haben und ihre Macht festhalten können.

Wir fordern daher die Genossen der Provinz auf, zunächst von allen Kundgebungen abzusehen, bis sich die Lage mehr geklärt haben wird. Wir stehen dieser Regierung ablehnend und mit Gewehr bei Fuß gegenüber und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Usurpatoren durch den Gang der Ereignisse zur Räumung ihrer gegenwärtigen Machtstellung gezwungen werden.“

Der Militärbefehlshaber, Generalleutnant v. Estorff, hat bis auf weiteres das Erscheinen sämtlicher Zeitungen Ostpreußens verboten. Erlaubt ist allein die Herausgabe kurzer Extrablätter nach Vorlage bei der Presseabteilung des Wehrkreiskommandos.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Gewaltige Mehrheit für Deutschland.

Kopenhagen, 14. März. (Ritzau.) Bei der heutigen Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone waren nach den bis 12 Uhr vorliegenden Resultaten aus 109 Kreisen 4979 Stimmen für Dänemark und 20 233 Stimmen für Deutschland abgegeben worden.

Hamburg, 15. März. Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig teilt mit: Das vorläufige Abstimmungsverhältnis in der zweiten nordschleswigschen Zone brachte die ⅘-Stimmenmehrheit für Deutschland. Im Kreise Flensburg stimmten für Deutschland 6751, für Dänemark 1421 Wahlberechtigte. In der Stadt Flensburg betrug die Stimmenzahl für Deutschland 27 058, für Dänemark 8933.

Flensburg, 14. März. Die Wahlbeteiligung an der Abstimmung in der zweiten Zone Nordschleswigs ist außerordentlich rege. Der Minister für Schleswig, Hansen, bereist persönlich mit einem Mitgliede der internationalen Kommission das Abstimmungsgebiet.

Erhebung der Arbeiter in Sachsen.

Die Arbeiterschaft in Chemnitz hat einen vorläufigen Aktionsausschuß aus je 3 Vertretern der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten gebildet. Der Ausschuß hat das Zeitfreiwilligen-Regiment und die bürgerlichen Elemente der Einwohnerwehr entwaffnet. Die Hauptwehr und 3000 revolutionäre Arbeiter sind bewaffnet worden. Post, Eisenbahn und Rathaus sind von Arbeitern besetzt, die bürgerlichen Zeitungen verboten worden. Den Demokraten wird die Herausgabe eines Blattes erlaubt. In den umliegenden Städten Hohenstein-Ernstthal, [illegible]bach und Stollberg haben die Arbeiter ebenfalls die Macht übernommen. Im Oelsnitz-Lugauer Bergwerksrevier ist der Generalstreik durchgeführt. Die Betriebsarbeiterräte traten zur Wahl eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Komitees zusammen, dem alle politische und wirtschaftliche Macht übertragen wurde.

Bielefeld, 15. März. Staatskommissar, Genosse Severing und General Walter arbeiten weiter zusammen. Der General hat in einer Proklamation die Aufrechterhaltung aller demokratischen Errungenschaften und auch der republikanischen Staatsform zugesichert.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Bonk, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betrifft Saatkartoffeln.

Der Bedarf an Saatkartoffeln innerhalb der Stadtgemeinde Danzig ist in der Zeit vom 15. bis 31. März d. Js. während der Geschäftsstunden von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags auf der städtischen Kartoffelstelle, [illegible] Zimmer 7 unter Verwendung dort und bei den Nahrungskartenstellen erhältlicher Vordrucke [illegible] unter Angabe der gewünschten Sorten [illegible] anzumelden. Ein Nachweis vom [illegible] über die Lage und Größe der Anbaufläche ist [illegible].

[illegible] der beigebrachten Unterlagen wird ein Schein [illegible] der später zum Einkauf der Saatkartoffeln auf den noch zu bezeichnenden Stellen und zu gleichfalls noch bekannt zu machenden Preisen berechtigt. Ebenso können Bezugsscheine auf namhaft zu machende Landwirte im Freistaatgebiet ausgestellt werden, die zum direkten Bezuge von Saatkartoffeln berechtigen. [illegible] Einkaufsberechtigungsscheine können [illegible] auch noch später, also nach dem 31. März gegen Bezugsscheine umgetauscht werden. Es wird allerdings [illegible] Saatkartoffelerträge mit der [illegible] bis zum [illegible] April d. Js. abgeschlossen [illegible] vom [illegible] dem betreffenden [illegible] wenn der [illegible] haben [illegible] der Kartoffelversorgung [illegible] der Stadt keine Gewähr [illegible] Erfüllung der [illegible] Bestellungen auf Saatkartoffeln übernehmen. Es wird daher der Kartoffel-Selbsterzeugern dringend geraten [illegible] Saat aus eigenen Vorräten zu verwenden oder sich Saatkartoffeln [illegible] erwähnten [illegible] direkt von außerhalb zu [illegible].

[illegible]

Der Magistrat [illegible]

Verordnung über Zündwaren.

[illegible]

Danzig, den [illegible] (774

Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig

Es wird [illegible] Marke 41 der Brennstoffkarten A, B und C zur Belieferung mit [illegible] Zentner Kohlen oder [illegible] oder 4 Ziegen zerkleinertem Holz [illegible] aufgerufen.

Danzig, den 17. März 1920. 776

Der Magistrat

Zoppot.

Bekanntmachungen des Lebensmittelamtes.

1. **Verkauf von Nudeln** auf Abschnitt 53 der Warenkarte ein halbes Pfund zum Preise von [illegible] Mk.

2. **Verkauf von weißen handverlesenen Perlbohnen** auf Abschnitt 54 der Warenkarte ein Pfund zum Preise von [illegible] Mk.

3. **Verkauf von Sirup** auf Abschnitt 55 der Warenkarte ein halbes Pfund zum Preise von 1,65 Mk.

4. **Verkauf von Erbsen** auf den ganzen Wochenabschnitt der Kartoffelkarte für die Woche vom [illegible] ein halbes Pfund zum Preise von 1,70 Mk.

5. **Verkauf von Haferflocken** auf Abschnitt [illegible] der Zusatzwarenkarte für Personen über 60 Jahre ein halbes Pfund zum Preise von [illegible] Mk.

Der Verkauf obenstehender Waren findet von Dienstag, den 16. bis Sonnabend, den 20. März 1920 bei sämtlichen Kaufleuten statt.

6. **Verkauf von Margarine** auf Abschnitt 18 der Fettkarte 250 Gramm zum Preise von 5 Mk. ein Pfund. Verkauf von Mittwoch, den 17. bis Sonnabend, den 20. März 1920 in den bekannten Butterverkaufsstellen.

Die Milchverkaufsstelle [illegible], Danzigerstraße 43 ist von jetzt ab ebenfalls zum Butter- und Margarineverkauf zugelassen.

Die Verkaufsstellen haben die [illegible] am Montag, den 22. März im Lebensmittelamt, Zimmer 16, abzugeben.

7. Vom 15. April d. Js. ab beträgt der an die Landwirte zu zahlende Preis für die Tonne Roggen nur noch [illegible] Mk. und für die Tonne Weizen nur noch 800 Mk.

Der bisherige höhere Preis von 750 und 850 Mk. wird nach diesem Zeitpunkte nur den Landwirten gezahlt, die rechtzeitig, spätestens bis zum 15. April 1920, durch eine Bescheinigung des Landratsamtes den Nachweis erbringen, daß ihnen die [illegible] Lieferung nicht eher möglich gewesen ist.

Danzig, den 6. März 1920.

Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen freien Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: **Rudolf Schaper.**

Montag, den 15. März 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten A 2.

Die versilberte Braut

Ein buntes Spiel von Geld und Liebe von Kurt Küchler.

Dienstag, den 16. März 1920, abends 6 Uhr:
Dauerkarten B 2.

Der Troubadour

Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.

Mittwoch, den 17. März 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten C 2.

Kammermusik

Lustspiel in 3 Akten von Heinrich Ilgenstein.

Kranken-Versicherungs-Verein der Schlosser und deren anverwandten Berufe zu Danzig.

Ordentliche Mitgliederversammlung.

Montag, den 22. März 1920, abends 6 Uhr,
Niedere Seigen Nr. 5.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1919.
2. Bericht der Revisoren.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahl des Vorstandes, § 9 (780
5. Wahl der Revisoren.
6. Wahl der Krankenbesucher.
7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wir empfehlen:

Sozialwissenschaftliche :: Bibliothek ::

Jeder Band kostet **kartoniert 3 Mark.**

Band 1. Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege. Von **Paul Umbreit,** Redakteur des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“.

Band 2. Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. Von **Paul Hirsch.**

Band 3. Die deutsche Zentrumspartei. Von **J. Meerfeld.**

Band 4. Praxis der Handelspolitik. Von **Max Schippel.**

Band 5. Karl Marx und die Gewerkschaften. Von **Hermann Müller,** Zentr.-Arb.-Sekr.

Band 6. Weltkrieg und Angestelltenbewegung. Von **S. Aufhäuser.**

Band 7. England und Deutschland. Von **Waldemar Sklarz.**

Band 8. Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege. Von **Paul Umbreit.**

Band 9. Jean Jaurès, Sozialist und Staatsmann. Von **M. Beer.**

Band 10. Der Staat, die Industrie und der Sozialismus. Von **Parvus.**

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Selbstgeberfirma, handelsger. eingetr., gibt Darlehen auf Schuldschein, Hausst. (stehenbl.) Wechsel usw. a. solv. Pers. all. Stänb. **Auch Betriebskapitalien,** Durchschnittsjahresumsatz ca. 100 000 Mk. eig. Auszahlungen. Bankvertreter **Rud. Liedtke, Danzig,** Paradiesgasse 8—9. (608

Im Tollhaus

von **R. Fischer**

Ein Befreiungsbuch

Vier Kapitel, niedergeschrieben im starken Nachklang des Erlebten, schildern das Tollhaus. In ihnen reiht Fischers Schilderung Vorhänge auseinander, hinter denen eine unbekannte Welt der Qual lebte, kämpfte und litt, eine Welt der Qual, ungleich fürchterlicher als alle Vierberungen, die Kugeln und Splitter in Menschenleibern anrichtet. Aus Herz packende Grotesken des Irrsinns, larmoyante Propheten, harmlos Verrückter, Deutsche, Franzosen, Russen, eine ganze europäische Bilanz des Wahnsinns.

Preis 2 M. 50 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spendhaus 6,
Paradiesgasse 32

U.T

Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Nur 4 Tage!
vom 12. bis 15. März.

Der große Sensationsfilm

„Mascotte“

nach dem bekannten Roman „Die Ballhausanna“ von Leo Leipziger.
Drama in 5 Akten mit **Grete Freund u. Felix Busch** in den Hauptrollen.

Ferner:

„Lolos Vater“

Volksstück in 3 Akten mit **Konrad Dreher**

und

„Amt Zukunft“

ein tolles Lustspiel in 1 Akt

Vorf. 3, 5 und 7.15 Uhr.
Sonntag 4 mal Vorführ., u. 2.30, 4.10, 5.40, 7.30 Uhr

Empfehle mein

Zigarren-Geschäft

in (6958

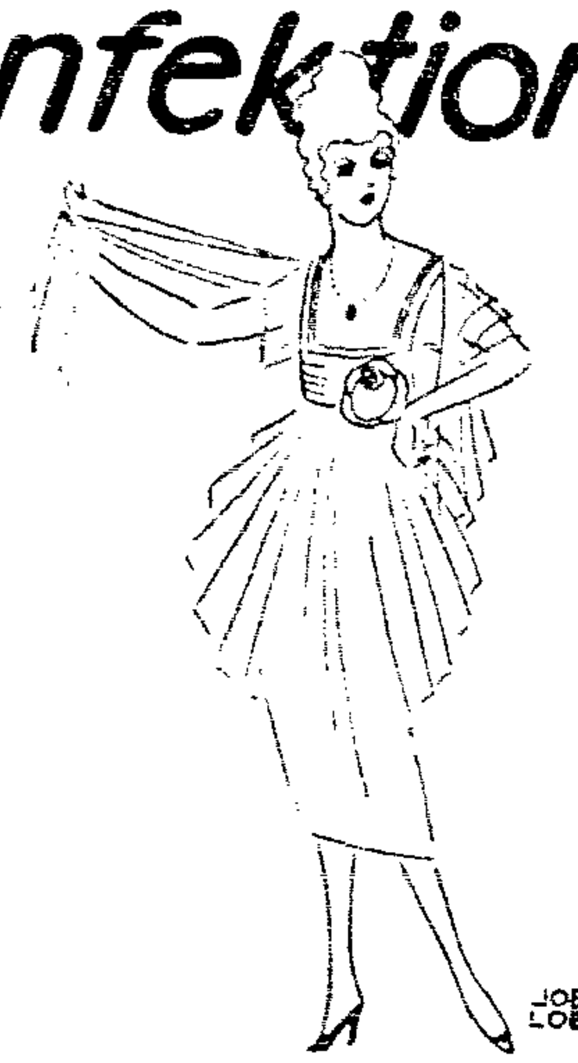
Zigarren, Zigaretten
Kau-, Rauch- und Schnupftabak

zu billigsten Tagespreisen bitte um werte Unterstützung

E. Balda

Matzkauschegasse 5a,
Ecke Hundegasse
und Melzergasse 16.

Damen-Konfektion



Modell-Ausstellung
erster Stock

Man sagt uns:

Wirklich schöne Kleider, Kostüme, Mantel, Blusen und Hüte in einer mustergültigen und grossen Auswahl sieht man bei

FREYMANN

Ziegenfelle Hasenfelle Kaninfelle

sowie alle übrigen Häute u. Felle kauft zu den besten Tagespreisen (517
Auf Wunsch werden die Felle abgeholt.

J. S. Bauer,
Filiale
Danzig-Schellmühl,
Broschkischer Weg 22.

Offene Beinleiden, Krampfadergeschwüre, alte Wunden, die nicht heilen wollen werden sicher u. schmerzlos geheilt durch

Draesels Heilsalbe,

seit altersher als

Wundersalbe

bekannt und angewendet. Schachtel Mk. 3.—.
Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6024

Fischmarkt!

Großfallende irische Heringe eingetroffen.

Kleinverkaufspreis
Mark 3.20 pro Pfund.

Mix & Lück,
Danzig.

773)

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Dienstmann 5

besorgt kleine Fuhren und Gepäck. Näh. G. Teffner, **Plappergasse 5.** (†

Depoleoin

Lecithin-Eisen-Eiweiß in Tablettenform.
Hervorragendes Nähr- u. Kräftigungsmittel

Aerztlich empfohlen

Allein echt in Kartons à 6,00 Mk. (214

Adler-Apotheke
Tel. 1794 **Ohra** Tel. 1794

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich

Wir empfehlen:

Flugschriften der Revolution

Die Rettung aus dem finanziellen Elend. Von Wilhelm Keil.

Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Von Paul Umbreit.

Die Reform des deutschen Strafrechts. Von Hugo Heinemann.

Verbrechen und Strafe im neuen Deutschland. Von Hans Hyan.

Offizier und Republik. Von Müller-Brandenburg.

Jede Broschüre kostet Mk. 1.25.

Ferner:

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter. Von Parvus. Preis 50 Pfg.
1. Die wirtschaftliche Ueberwindung des Kapitalismus.
2. Sozialismus und Bolschewismus.

Briefe an die deutschen Arbeiter, 3. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Preis 40 Pfg.

Vierter Brief: Der Friede und der Sozialismus. Preis 70 Pfg.

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Unser Geschäftshaus

bleibt **mittags** von **1–3 Uhr geschlossen.**

Walter & Fleck.

(771